

Die Senatorin für Kinder und Bildung Bremen,
-Elternbeitragsstelle-
 Rembertring 8-12
 28195 Bremen

Antrag auf einen Zuschuss zu einem nicht nach Beitragsordnung erhobenen Elternbeitrag

Persönliche Verhältnisse des Kindes

Name, Vorname (Rufname unterstreichen):	Geburtstag und Geburtsort: /	
Anschrift:	lebt bei:leibl. Eltern/Adoptiveltern oder Pflegeeltern	
<input type="checkbox"/> eheliche Geburt <input type="checkbox"/> nichteheliche Geburt		Staatsangehörigkeit
Inhaber/-in des Personensorgerechts – der elterlichen Sorge:		
Beschluss des Vormundschaftsgerichts:	vom:	Geschäftszeichen:

Mutter des Kindes

Name, Vorname und Geburtsname (Rufname unterstreichen):	Geburtstag und Geburtsort: /	verstorben am:
Anschrift:	Staatsangehörigkeit:	Telefon:
Beruf:		
E- Mail		
Familienstand:		
<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet seit _____ <input type="checkbox"/> verwitwet seit _____ <input type="checkbox"/> getrennt lebend seit _____ <input type="checkbox"/> geschieden seit _____		

Vater des Kindes

Name, Vorname und Geburtsname (Rufname unterstreichen):	Geburtstag und Geburtsort: /	verstorben am:
Anschrift:	Staatsangehörigkeit:	Telefon:
Beruf:		
E- Mail		
Familienstand:		
<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet seit _____ <input type="checkbox"/> verwitwet seit _____ <input type="checkbox"/> getrennt lebend seit _____ <input type="checkbox"/> geschieden seit _____		

Personen, die zur Haushaltsgemeinschaft gehören

(Eltern / Erziehungsberechtigte, Kinder, Großeltern, Pflegeeltern, Sonstige)

Eigener Haushalt: Ja Nein

Alle Personen in der Reihenfolge der Stellung in der Haushaltsgemeinschaft (1. Mutter, 2. Vater, 3. Kinder, 4. sonstige Personen)							
Lfd.-Nr.:	Name, Vorname:	männl. weibl.:	Geb.-Dat.:	Geb.-Ort:	Verw.-Verhältnis zum Kind:	Betreut in Kita /Elternverein/ etc.:	Staatsan-gehörigk.:
1.							
2.							
3.							
4.							
5.							
6.							
7.							
8.							

Erklärung des Antragstellers

In meiner Eigenschaft als

Vater Stiefvater Pfleger Vormund

Mutter Stiefmutter

beantrage ich einen Zuschuss / die Erstattung der mir entstehenden Kosten für die Kindertagesbetreuung

vom _____ bis _____

Betreuungskosten werden frühestens ab dem Monat des schriftlichen Eingangs des Antrags gewährt.

Kontoinhaber:		
Name des Geldinstituts:	IBAN:	BIC:

Persönliche Erklärung

Ich erkenne durch meine Unterschrift an, dass die vorstehenden Angaben richtig und vollständig sind. Ich bin ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass ich jede Änderung, die für die Bewilligung der Leistung maßgebend ist, unverzüglich und unaufgefordert der Senatorin für Kinder und Bildung – Elternbeitragsstelle – mitzuteilen habe. Mir ist bekannt, dass ich mich durch unvollständige oder unwahre Angaben strafbar mache und dass ich zu Unrecht bezogene Leistungen erstatten muss.

Ich ermächtige das Geldinstitut, an das die Leistungen überwiesen werden, mit Wirkung auch meinen Erben und etwaigen Verfügungsberechtigten gegenüber, überzahlte Beträge auf Anforderung zurück zu überweisen.

Mir ist bekannt, dass meine personenbezogenen Daten zur Durchführung der Berechnung von Leistungen in einer automatisierten Datenverarbeitung gespeichert werden.

Unterschrift des gesetzlichen Vertreters /
Personenberechtigten

Anlage 1

Dem Antrag sind folgende Unterlagen in Kopie beizufügen:

- Jährliche Bescheinigung des Elternvereins/Trägers
- Personalausweis des antragstellenden Elternteils (Kopie)
- Aufenthaltserlaubnis der Sorgeberechtigten und des zu betreuenden Kindes
- Nachweis über die Betreuung von Geschwisterkindern (Kopie)
- Bremen-Pass des Kindes (Bildung und Teilhabe, bei Bezügen vom Jobcenter)

sowie Einkommensnachweise aus dem vorletzten Kalenderjahr vor dem beantragten Betreuungsbeginn:

- Steuerbescheid, alternativ jährliche elektronische Lohnsteuerbescheinigung oder monatliche Gehaltsmitteilungen, Einkünfte aus geringfügiger Beschäftigung, Vermietung und Verpachtung, Kapitalvermögen
- Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft
- Bescheide über öffentliche Leistungen (u. a. BAföG, Renten, Leistungen nach dem SGB III und SGB II sowie Arbeitsförderungsgesetz, sonstige Leistungen nach dem Sozialgesetz wie Krankengeld, Wohngeld, Mutterschaftsgeld, Elterngeld, Unterhaltsleistungen / Unterhaltsvorschuss und nach dem SGB XII, Job-Center-Bescheide)

Anlage 2

Der Elternbeitragsfestsetzung zugrunde liegenden Einkünfte

1. Feststellung der Einkünfte

Das Einkommen gemäß Beiträge-Ortsgesetz (§5 Abs.3 BremBO) ist

- die „Summe der positiven Einkünfte“ der Eltern im Sinne des § 2 Abs.1 und 2 des Einkommenssteuergesetzes (siehe Nr. 2), zu dem ggf. empfangene
- private oder öffentliche Unterhaltsleistungen (siehe Nr. 3 und 4) oder
- sonstige steuerfreie Einkünfte

Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten ist nicht möglich.

Nicht zum Einkommen zählen das Kindergeld und die Eigenheimzulage.

Anrechnungsfrei bleiben ebenfalls Mehraufwandsentschädigungen für Arbeitsgelegenheiten („1-Euro-Jobs“) nach § 16 d SGB II.

2. Summe der positiven Einkünfte

- Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit = Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen und andere Bezüge und Vorteile, die für eine Beschäftigung im privaten oder öffentlichen Dienst gewährt werden; Wartegelder; Ruhegelder, Witwen- und Waisengelder und andere Bezüge und Vorteile aus früheren Dienstleistungen; auch: einkommenssteuerpflichtige Geldleistungen an Kindertagespflegepersonen nach § 23 SGB VIII.
Zum Arbeitslohn aus nichtselbständiger Arbeit gehören u.a. das laufende monatliche Bruttogehalt inkl. Zuschläge, zum Beispiel für Überstunden und Sonntagsarbeit, Versorgungsbezüge (Pensionen), die vermögenswirksamen Leistungen, laufend oder einmalig gezahlte Tantiemen, Provisionen oder Gratifikationen wie das Weihnachts- oder Urlaubsgeld, einmalige Leistungen wie zum Beispiel Entschädigungen für das Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis.
- Einkünfte aus Kapitalvermögen = Zinsen aus Guthaben bei Kreditinstituten, aus Darlehen und Anleihen etc., Dividenden, sonstige Bezüge aus Aktien, aus Anteilen einer GmbH, Zinsen aus Hypotheken und Grundschulden, Renten aus Rentenschulden, Zinsen aus Sparanteilen einer Lebensversicherung.
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen.
- Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft = Einkünfte aus dem Bereich von Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau, Gemüseanbau.
- Einkünfte aus Gewerbebetrieb = Einkünfte aus gewerblichen Unternehmen. Gewinnanteile der Gesellschafter einer OHG, einer KG, Einkünfte aus der Tätigkeit einer Personengesellschaft (OHG, KG, GmbH & Co. KG), Gewinne aus der Veräußerung eines Gewerbebetriebs oder eines Gesellschafteranteils.
- Einkünfte aus selbständiger Arbeit = Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit (insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, künstlerische, unterrichtende oder erzieherische Tätigkeit, die selbständige Berufstätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Ingenieure, Architekten, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Heilpraktiker,

Journalisten, Dolmetscher, Vergütungen für die Vollstreckung von Testamenten, für Vermögensverwaltung und für die Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied, Gewinne aus der Veräußerung der Praxis).

- Von den Einnahmen (= Bruttobetrag), die Ausgangspunkt für die Ermittlung der zu versteuernden Einkünfte sind, sind die Werbungskosten (tatsächliche oder pauschal 1000 €) oder Betriebsausgaben abzuziehen. Dies gilt nicht für Kapitaleinkünfte und für geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse (sog. „Minijobs / 450-Euro-Jobs“) nach § 8 Abs.1 SGB IV.

Die dann verbleibenden Beträge sind die für die Elternbeitragsfestsetzung zugrunde zu legenden Einkünfte.

Bei Personen, die Einkünfte aus mehreren Einkunftsarten haben, kann nur die Summe der positiven Einkünfte berücksichtigt werden. Verluste bei einer Einkunftsart dürfen von den anderen Einkünften nicht abgezogen werden (Verbot des Verlustausgleichs zwischen verschiedenen Einkunftsarten). Gleiches gilt für zusammenveranlagte Ehegatten / Eltern. Hier dürfen Verluste des einen Ehegatten nicht von den positiven Einkünften des anderen Ehegatten abgezogen werden.

3. Unterhaltsleistungen

Soweit die Eltern getrennt leben / geschieden sind und das Kind nur bei einem Elternteil lebt, ist mindestens der unterhaltsrechtliche Mindestbedarf anzusetzen, oder eine andere Leistung anstatt einer Unterhaltszahlung erfolgt bzw. Unterhaltszahlungen unterhalb dieses Mindestbedarfes erfolgen oder auf Unterhaltsforderungen verzichtet wurde.

4. Zur Deckung des Lebensunterhalts bestimmte öffentliche Leistungen, z.B.

- Leistungen nach dem SGB II und SGB III oder SGB XII
- Übergangs-, Unterhalts-, Überbrückungsgeld
- Eingliederungs-, Krankengeld
- Kurzarbeiter-, Schlechtwetter-, Konkursausfallgeld
- Vorruhestandsgeld
- Mutterschaftsgeld, Zuschuss zum Mutterschaftsgeld
- Elterngeld
- Leistungen nach dem UVG, USG
- Wohngeld
- Pflegegeld, soweit dieses zur Deckung des Lebensunterhalts bestimmt ist
- Bafög-Leistungen, BAB
- Renten